



Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

zum

Finanzplan des Bundes 2026 bis 2028

Berlin, 14.07.2025

mf

Vorbemerkung

Mit über 209.000 Mitgliedern ist die GdP die größte Polizeigewerkschaft in Deutschland. Wir ergreifen zum Finanzplan des Bundes für die Jahre 2026 bis 2028 das Wort und Partei, weil die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit in der Zeit der Zeitenwende gemeinsame Aufgabe ist und gemeinsam kraftvoll finanziert sein muss. Der Finanzplan des Bundes für die Jahre 2026 bis 2028 folgt dieser Zielsetzung leider nur bedingt.

Stellungnahme

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert, dass die Ausgaben des Bundes laut Finanzplanung im kommenden Jahr – verglichen mit 2025 – um 2,9 Prozent zurückgehen sollen. Erst in den Folgejahren 2027 und 2028 ist wieder eine Zunahme der Ausgaben vorgesehen. Bedauerlich aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist, dass die Ausgaben für Investitionen, die im Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 noch mit 81 Milliarden Euro veranschlagt sind, in den Folgejahren bis 2028 auf zunächst 77,5 Milliarden Euro (in den Jahren 2026 und 2027) und dann sogar weiter auf 70,9 Milliarden Euro im Jahr 2028 zurückgehen werden.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) plädiert dafür, die Schuldenfesseln der Länder und des Bundes zu lösen. Bund und Länder müssen mithilfe eines gemeinsamen Fonds kraftvoll in die Innere und Äußere Sicherheit investieren. Das forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch bereits in ihrer „Saarbrücker Agenda“, die dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt ist.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) müssen die Polizeien der Länder und des Bundes autark und auch in Krisenfällen handlungssicher sein und bleiben. Dazu müssen die unternommenen Anstrengungen der Länder und des Bundes zur Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Polizei fortgesetzt und verstärkt werden. Zu diesem Zwecke müssen – im Sinne der Sicherstellung einer reibungsarm funktionierenden Zusammenarbeit der Polizeien der Länder und des Bundes – ggf. durch den Bund mehr Ressourcen für Anschaffungen in den Ländern bereitgestellt und Kooperationspotenziale verstärkt definiert und genutzt werden.

Die dafür benötigten Investitionen dürfen keinem Konsolidierungskurs zum Opfer fallen. Vor allem muss die Schere, die sich zwischen den Bundesländern im Hinblick auf die Qualität und Quantität sachlicher und personeller Ausstattung aufgrund unterschiedlich starker Investitionsentscheidungen und -möglichkeiten in den letzten Jahren aufgetan hat, wieder verkleinert werden.

Die Polizeien der Länder und des Bundes müssen bundesweit über ein vergleichbares und interoperables optimales sachliches und materielles Ausstattungsniveau verfügen. Daher bedarf es der auskömmlichen Finanzierung sachlicher und personeller Ausstattung der Polizei, die durch die Haushaltsgesetzgeber im Bund und in den Ländern vorzunehmen ist. Eine Abnahme der Ausgaben für Investitionen, wie sie im Finanzplan des Bundes für die Jahre 2026 bis 2028 vorgesehen ist, ist hier äußerst kontraproduktiv und darf nach Meinung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht politische Wirklichkeit werden.



Saarbrücken, 12. März 2025

„Saarbrücker Erklärung“ des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

GdP fordert neue Sicherheits- und Finanzierungsstrategie

Die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland und Europa ist geprägt durch komplexe Herausforderungen: Politische Umbrüche, Extremismus, Kriminalität und eine misslungene Migrationspolitik stellen Polizei und Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat hohe Erwartungen an uns Polizeibeschäftigte und wünscht sich mehr Sicherheit. Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) sehen wir die dringende Notwendigkeit einer neuen umfassenden Sicherheitsstrategie, die die Sicherheit in ganz Deutschland und deren Finanzierung neu denkt, bekannte Probleme löst und zugleich die Arbeitsbedingungen der Menschen in den Sicherheitsbehörden verbessert. Gemeinsam mit der Justiz muss der Kollaps der Strafverfolgung abgewendet werden und die Sicherheit wieder spürbar Einzug halten.

Kriminalität und Innere Sicherheit

Kriminalität verlagert sich zunehmend in den virtuellen Raum – von organisierter Cyberkriminalität über Identitätsdiebstahl bis hin zu digitalen Angriffen auf Unternehmen und Privatpersonen. Täter agieren international, hochprofessionell und nutzen verschlüsselte Plattformen, während Ermittler oft mit veralteter Technik arbeiten. Polizei und Justiz sind mit einer Flut von Ermittlungsvorgängen konfrontiert, während der bürokratische und technologische Rückstand wertvolle Zeit kostet. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und damit einhergehend weitergehenden Befugnissen für die Sicherheitsbehörden ist entscheidend, um die Ermittlungsarbeit zu beschleunigen, Täter frühzeitig zu identifizieren und digitale Spuren schnell auszuwerten. Doch Deutschlands wichtigstes Polizeidigitalisierungsprojekt P20 aus dem Jahr 2016 steckt noch immer in der Umsetzung fest. Die digitale Ausstattung und Zusammenarbeit der Behörden müssen dringend ins 21. Jahrhundert überführt werden, um Sicherheit wirksam zu gewährleisten.

Krieg und Terrorismus

Die Gefahr durch die hybride Kriegsführung, Terroranschläge und extremistische Gewalt in Europa bleibt hoch – sowohl durch islamistischen Terror als auch durch den wachsenden Rechtsruck. Rasche und erfolgreiche Radikalisierung über Social Media sowie Menschen in psychischen Ausnahmezuständen bilden ein zunehmend komplexes Bedrohungsszenario für Verfassungsschutz, Polizei, Zoll und Nachrichtendienste. Um effektiv gegenzusteuern und Taten zu verhindern, braucht es eine engere digitale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden – ebenso eine Anpassung der Datenschutzbestimmungen, um Gefahren frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.

Migration und Schleusungskriminalität

Die illegale Migration und die damit verbundene Schleusungskriminalität haben in den vergangenen Jahren deutlich und spürbar zugenommen. Dies stellt die Sicherheitsbehörden vor enorme logistische und personelle Herausforderungen. Es bedarf einer verstärkten Koordination zwischen den agierenden Behörden und einer klaren Priorisierung der Ressourcen, um Schleuserkriminalität zu bekämpfen und darüber die illegale Migration nachhaltig zu reduzieren. Rechtskonform und abgestimmt mit europäischen Nachbarn muss der Schutz der Grenzen durch Frontex und Grenzpolizeien gewährleistet werden. Die Umsetzung des europäischen Asylsystems ist die Aufgabe der Ausländerbehörden. Amtshilfe durch die Polizei kann nur eine temporäre Ausnahme sein.

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei fordert:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Ausstattung, Arbeitszeit, Arbeitsort und Fortbildung,
- mehr Personal und Möglichkeiten für Einstellungen von Spezialisten und Quereinsteigern,
- ein Sondervermögen für bundeseinheitliche qualitative Standards der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern,
- weiterhin bürgernahe Polizeiarbeit trotz notwendiger Aufrüstung,
- Erweiterung von Befugnissen für Sicherheit im virtuellen Raum und weniger Datenschutzhemmnisse,
- schnellere Anklagen durch effektive priorisierte Ermittlungsarbeit,
- den Einsatz von KI in Sicherheitsbehörden,
- höhere Risikozulagen und bessere Familienabsicherung,
- Aufgabenkritik für die derzeitigen Aufgaben in den Sicherheitsbehörden.